

**Postulat****betreffend Völkerwanderung: Unhaltbare Entwicklung in den Gemeinden**

Die vor allem zuwanderungsbedingte Ausweitung der Sozialhilfe wird langsam unhaltbar. Die Kostensteigerung führt dazu, dass die Gemeinden bei den Finanzen nur noch einen geringen Handlungsspielraum besitzen, sind doch ein Grossteil der Ausgaben fremdbestimmt.

Wir bekennen uns vollumfänglich zu den Genfer Konventionen, wonach wir bereit sind, persönlich an Leib und Leben bedrohte Menschen aufzunehmen. Wir stellen aber fest, dass der Bundesrat keinerlei Vorsorge dazu einzuleiten scheint, dass in die Schweiz drängende Migranten, die für sich in keiner Art und Weise Asylrecht in Anspruch nehmen können, vom Eintritt in unser Land konsequent abgehalten werden. Volksentscheide, die den Bundesrat beauftragen, übermässige Einwanderung in die Schweiz zu verhindern, werden seit Jahren nicht umgesetzt. Dies führt dazu, dass die Aufwendungen für Unterbringung und Betreuung der den Gemeinden zugewiesenen Einwanderer regelrecht explodieren – langfristige Kosten werden nur anfänglich vom Bund mitgetragen. Hinzu kommen für die Gemeinden auch weitere Folgekosten, z.B. in der Volksschule.

Stossend ist der von Bern und auch von den Kantonen ausgehende massive Druck, den Gemeinden zugewiesene, tatsächlich oder angebliche Asylsuchende so rasch wie möglich der Kategorie der «vorläufig Aufgenommenen» zuzuteilen – womit statistisch frei gewordene Plätze für Asylsuchende sofort durch Neuzuteilungen aufgefüllt werden können. Abgesehen davon, dass derart von oben verfügte, in rascher Folge Tatsache werdende Neuzuteilungen erfolgsversprechende Integrationsanstrengungen unterhöheln, wenn nicht gar verunmöglichen, bleiben die vorläufig Aufgenommenen meistens in den Gemeinden, denen sie als Asylsuchende zugeteilt worden sind. Und die übergrosse Mehrheit ist weder in der Gesellschaft noch auf dem Arbeitsmarkt integrierbar. Infolgedessen bleiben die meisten von ihnen vollumfänglich oder weitgehend sozialhilfeabhängig. Die frocierte Zuteilung neuer Immigranten durch Bund und Kantone hat also nichts weniger als die vorsätzliche Aushöhlung der Gemeindehaushalte zur Folge.

Wir unterschätzen das Ausmass der Herausforderung, der sich die Bundesbehörden angesichts der Migrantenströme in Europa ausgesetzt sind, keineswegs. Dennoch sollten es die Gemeinden nicht weiter tolerieren, dass sie derart massive Kosten zu tragen haben, für welche – Folge des Nicht-Handelns der Landesregierung – gesetzliche Grundlagen fehlen.

Wir fordern deshalb den Stadtrat dazu auf, beim Bundesrat im Namen der Liestaler Bevölkerung entsprechend zu intervenieren.

Der Fraktionspräsident i.V.

